

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Verbandsgemeinde Diez bangt um sieben Mio. Euro wegen der Insolvenz der Bank Greensill – Sachstand

Die Verbandsgemeinde Diez hat über sieben Mio. Euro an Steuergelder durch eine riskante Anlage bei der Greensill Bank verloren. Alleine für die Kosten für die Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes plant die Verbandsgemeinde Diez Kosten in Höhe von 70 000 Euro im Haushalt ein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was waren die genauen Gründe dafür, dass die Kreisverwaltung Rhein-Lahn als Kommunalaufsicht kein Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Diez eingeleitet hat?
2. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich eines möglichen zivilrechtlichen Schadensersatzanspruches gegen den Bürgermeister/ die erste Beigeordnete der Verbandsgemeinde Diez im Rahmen der Geldanlage bei der Greensill Bank?
3. In welcher Höhe hat die Verbandsgemeinde Diez eventuell Gelder aus der Insolvenzmasse der Greensill Bank erhalten?
4. Welche weiteren Maßnahmen hat die Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises bei der Verbandsgemeinde Diez noch ergriffen, außer dass sie darauf hingewirkt hat, dass die Verbandsgemeinde Diez eine Anlagerichtlinie beschlossen hat?
5. Welche notwendigen Folgerungen hat die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion aufgrund des Prüfberichts des Landesrechnungshofs sowie dem Kommunalbericht 2021 bei der Verbandsgemeinde Diez angeordnet?
6. Wie lauten die entsprechenden Folgerungen aus dem Prüfbericht des Landesrechnungshofs sowie dem Kommunalbericht 2021, die die Verbandsgemeinde Diez gezogen hat?

Matthias Lammert